

Reto Ammann
Fraktion glp / BDP
Weinbergstrasse 30
8280 Kreuzlingen

Gina Rüetschi
Fraktion Grüne
Broteggstrasse 11
8500 Frauenfeld

René Walther
Fraktion FDP
Klosterstrasse 4
8596 Münsterlingen

Christina Pagnoncini
Fraktion glp / BDP
Am Bach 4
8573 Alterswilen

EINGANG GR			
GRG Nr.			

Interpellation „In die Lehre gehen oder in die Leere laufen lassen“.

Es ist seitens Kanton Thurgau ein erklärtes Ziel, dass möglichst viele Jugendliche (wie auch Erwachsene) gut ausgebildet werden sollen um später eigenständig durch das Leben gehen zu können. Unsere Wirtschaft braucht möglichst viele, idealerweise sehr gut ausgebildete (Berufs-)Fachkräfte. Es wurde erkannt, dass auch Geflüchtete dazu beitragen können, sofern sie als Basis über die fachlichen und sprachlichen Kompetenzen verfügen. Es wurde auch erkannt, dass letztlich eine zielführende und sinnvolle Arbeit der Königsweg einer erfolgreichen Integration ist. Eingliederung dank Arbeit bringt soziale Unabhängigkeit und hilft die Sozialkosten in den Gemeinden zu entlasten. Dabei soll jedoch nicht einfach Tür und Tor für ungelernte oder unqualifizierte Arbeit geöffnet werden, sondern auch für ungelernte Geflüchtete, den durchaus langen, harten Weg einer Lehre gewählt werden. Bezweckt wird dabei ein mehrfacher Effekt. Ein Handwerk wird richtig erlernt, die spätere Abhängigkeit von Sozialleistungen dank späterem gelerntem Beruf deutlich verringert und die Integration mit einer sinnhaften Tätigkeit für den Geflüchteten, wie die Gesellschaft und Wirtschaft gefördert. Die Lehre hat einen weiteren positiven Effekt, da Geflüchtete dem menschlich durchaus nachvollziehbaren Verlangen, möglichst rasch Geld zu verdienen, so zumindest auch Stück für Stück und über die Zeit näher kommen. Die Unabhängigkeit von der Sozialhilfe ist damit zwar kurzfristig weniger stark wie bei einer unqualifizierten Tätigkeit, dafür langfristig nachhaltiger auch für die Gemeinden und letztlich die Gesellschaft.

Für einige Flüchtlinge ist „der Spatz in der Hand“, rasches Arbeiten und Geld auch als Verpflichtung „nach Hause“ zu überweisen sehr gross. Dies birgt aber Gefahren für die Gemeinden an späteren höheren Integrationskosten und Sozialhilfefällen aufgrund der unqualifizierten Arbeit. Private Projekte (z.B. IdA Integration dank Arbeit, Agathu) sind deshalb im Verbund mit staatlichen Stellen bestrebt, die jungen Geflüchteten, welche über die unabdinglichen Sprachkenntnisse verfügen, wo immer möglich einer Lehre zuzuführen. Es ist aus diesem Grunde schwierig nachzuvollziehen, dass Geflüchtete, welche eine langfristige Lehre machen wollen und sich dafür sprachlich auch qualifizieren, staatliche Regelungen vorfinden, welche den Königsweg der Lehre unnötig erschweren lässt.

Wir fragen deshalb an, wie der Regierungsrat sich zur Absicht der Lehre bei Geflüchteten und der Beseitigung von an uns herangetragene Hindernisse stellt:

1. Wie kann sichergestellt werden, dass Lehrlinge die Möglichkeit erhalten einen B-Ausweis gleich schnell zu erhalten, wie wenn sie keine Lehre beginnen würden?
Anmerkung: Nur wer sozial unabhängig ist, kann den B-Ausweis erhalten. Damit ist ein ungelernter „Hilfsjob“ auch aufgrund der Chance des B-Ausweises attraktiver als eine Lehre, da ein Lehrlingslohn eine soziale Abhängigkeit während der Lehre mit sich bringt.

2. Gibt es die Möglichkeit Ausnahmeregelungen für Lernende zu schaffen um den B Status zu erreichen (selbst bei sozialer Abhängigkeit) und würden diese Ausnahmeregelungen bei den Betroffenen bekanntgemacht?
3. Wie stellt sich der Kanton zur Idee, die Geflüchteten statt indirekt über den Beitrag des Bundes an die Gemeinden, letztlich über Stipendien zu finanzieren und dadurch die soziale Abhängigkeit bei Lernenden zu entkoppeln? Dies würde zusammen mit dem Lehrlingslohn für eine unabhängige Lebensführung genügen. Weil der Staat die Bundesbeiträge erhält, hätte er mit dieser geänderten Umsetzung des Stipendiengesetzes keine Mehrkosten. Für die Geflüchteten aber wäre es eine Stärkung ihres Selbstvertrauens und eine Förderung ihrer Integration.
4. Was gedenkt der Kanton zu unternehmen, falls er feststellt, dass einzelne Gemeinden Sozialhilfegelder von Geflüchteten zurückfordern und damit Bundesgelder ihren Kassen zuleiten?
5. Wie reagiert der Kanton gegenüber Gemeinden welche nachweislich wenig oder weniger erfolgreich integriert haben als andere Gemeinden und nach Ablauf des siebenjährigen Bundesgelderhalts allenfalls kantonale Gelder anfragen?

Für die Beantwortung der Fragen bedanken wir uns bei der Regierung recht herzlich und im Voraus.

Reto Ammann

Gina Rüetschi

René Walther

Christina Pagnoncini

Weinfelden, 06.11.2019